



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 546 Postulat Meyer Jörg und Mit. über die Unterstützung von Easyvote für mehr Politikbeteiligung bei Jugendlichen / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Guido Müller beantragt Ablehnung.

Jörg Meyer hält an seinem Postulat fest.

Guido Müller: Es ist wichtig, die Jugendlichen in die Politik mit einzubeziehen und sie dafür zu interessieren. Das gilt aber nicht nur für die Jugendlichen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger. Es ist staatspolitisch fragwürdig, eine Personengruppe mit der Zusendung von speziellen Unterlagen zu bevorzugen. Es ist der Auftrag der Verwaltung und der Regierung, der gesamten Bevölkerung alle Informationen zugänglich zu machen. Es erscheint mir schon fast als eine Schlaumeierei der SP, eine Wählergruppe speziell ansprechen zu wollen. Spinnt man diesen Gedanken weiter, könnte die Grüne Fraktion einen Spezialversand für alle Velofahrenden verlangen und wir von der SVP unserem angedichteten Image folgend für alle Stumpfen rauchenden, eifrigen Kirchengänger und Autofahrer. Ich bitte Sie, sich dafür zu engagieren, dass diese Informationen allen zugänglich sind und keine Personengruppe bevorzugt wird. Meiner Meinung nach ist die Motion abzulehnen.

Jörg Meyer: Verglichen mit anderen Bevölkerungsgruppen ist die Stimmbeteiligung bei den Jungen unterdurchschnittlich. Um auch später am politischen Leben teilzunehmen, ist es sehr wichtig, dass die Jungen früh an eine politische Teilnahme herangeführt werden. Verschiedene Studien bestätigen dies ebenso wie die Tatsache, dass die Jungen weniger oft regelmässig abstimmen. Bei dieser Altersgruppe ist das Potenzial aber am stärksten, um sie für die politische Teilnahme zu gewinnen. Daher ist es im Interesse des Kantons, diese Personengruppe speziell anzusprechen; das hat nichts mit einer Bevorzugung zu tun. Die Regierung anerkennt das grundsätzliche Anliegen der Motion und ist bereit, die Motivation zur aktiven Teilnahme zu fördern. Aus verschiedenen Studien ist hervorgegangen, dass Easyvote als informativer, besser verständlich und sogar glaubwürdiger bezeichnet wird als die offiziellen Wahl- und Abstimmungsunterlagen. Daher liegt es auf der Hand, dieses wirkungsvolle Instrument bekannter zu machen. Es ist löblich, wenn die Regierung mindestens Videoclips herstellen will. Dort beginnt aber der Irrtum. Diese Videoclips müssen von den Jungen selber aktiv gesucht und gefunden werden. Genau darin besteht der entscheidende Unterschied zwischen den Videoclips und einem flächendeckenden Versand einer Broschüre. Das Luzerner Jugendparlament hat sich direkt an unseren Rat gewendet, damit wir für diesen Versand einstehen. Im Kanton Nidwalden haben die beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP genau einen solchen Versand gefordert. Die Regierung argumentiert zudem mit den notwendigen Finanzen von 50 000 Franken. Laut der Stellungnahme der

Regierung sind die finanziellen Mittel sehr begrenzt und reichen bei Weitem nicht aus. 2017 wurden 25,99 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds ausgeschüttet. Ich kann deshalb kaum glauben, dass der Betrag von 50 000 Franken zu hoch ist. Viele von uns sind sich darin einig, dass es sich bei dieser Förderung um ein wichtiges Anliegen handelt. Ich halte deshalb an der Erheblicherklärung meiner Motion fest.

Maurus Zeier: Die politische Bildung ist entscheidend für die direkte Demokratie. Ich verweise diesbezüglich auch auf die Anfrage A 635 von Irene Keller über den Stellenwert der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Schulstufen im Kanton Luzern. Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats aus vier Gründen zu. Erstens der Föderalismus: Im Föderalismus muss die Gemeinde eine Aufgabe übernehmen, wenn sie selber dazu in der Lage ist. Hier handelt es sich eindeutig um eine Aufgabe der Gemeinden; einige Gemeinden nehmen diese Aufgabe bereits wahr. Beim Versand muss der Kanton nicht einspringen, bei Videos kann es jedoch sinnvoll sein. Zweitens die Digitalisierung: Es ist unverständlich, dass gerade die junge Generation einen Postversand fordert. Wenn wir schon von Digitalisierung reden, sollten wir auch entsprechend handeln. Drittens eine wissenschaftliche Erkenntnis: Der Postulant hat Studien zitiert. Es gibt Studien der Universität Bern, die nachweisen, dass ein Postversand nicht sinnvoll ist. Deshalb sollen Videos dem Postversand vorgezogen werden. Viertens Aufwand und Ertrag: Die Regierung hat gut aufgezeigt, dass Aufwand und Ertrag im Auge behalten werden müssen, aber das Kostenargument steht nicht im Vordergrund.

Claudia Huser Barmettler: Unsere direkte Demokratie lebt von der Beteiligung und der aktiven Mitgestaltung unserer Bevölkerung. Wir haben mit unserer schweizerischen Demokratie ein einmaliges System; darauf sind wir stolz, und das macht unsere Schweiz aus. Nur muss das System auch wirklich genutzt werden, eine aktive Mitgestaltung ist essenziell. Das wiederum ist nicht per se trivial, wenn ich sehe, wie komplex unsere Vorlagen oftmals sind, und wie diese auch uns fordern, obwohl wir die Bearbeitung von Gesetzen und Botschaften gewohnt sind. Daher ist es nicht überraschend, dass viele sich gar nicht erst die Mühe machen, insbesondere auch die Jungen. Aber das darf nicht sein. Darum ist es umso erfreulicher, dass wir mit Easyvote ein Instrument gefunden haben, das funktioniert und das bei den Jungen bekannt ist. Da ist es doch nur das Mindeste, wenn wir das Postulat erheblich erklären, und damit meine ich das volle Abonnement für das Jahr 2019. Die Idee der Regierung auf Videos zu setzen, finde ich gut. Tun Sie das, aber bitte nicht als Ersatz. Wir reden hier von 50 000 Franken. Dieser Betrag soll gemäss Regierungsrat nicht über den Lotteriefonds bezahlt werden können. Ist das möglich? Oder fehlt einfach eine Priorisierung? Es tut mir leid, aber wir haben mit dem regierungsrätlichen „Romreisli“ für ein verlängertes Wochenende in diesem Jahr das Doppelte ausgegeben, zwar war nicht alles aus dem Lotteriefonds, aber trotzdem. Dabei ging es um unsere Würde und die Luzerner Gardisten. Die Hälfte dieses Betrages dürfte es uns doch für unsere Jugend und ihre politische Partizipation wert sein.

Roger Zurbriggen: Die CVP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich der Erheblicherklärung zu. Es geht um eine neutrale, aber gezielte Informationskampagne für jugendliche Luzerner Neuwählerinnen und Neuwähler im Alter von 18 bis 20 Jahren für die Wahlen 2019. Die Postulanten erachten den Zeitpunkt rund um die kantonalen und nationalen Wahlen als ideal, um besonders die jungen Erwachsenen als mitwirkende Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu aktivieren. Zudem sagt der Regierungsrat selber, dass die Förderung der politischen Partizipation der Jungen im Sinn seines Leitbildes ist. Was aber die Massnahmen betrifft, unterstützen wir die vollständige Erheblicherklärung. Der Regierungsrat zitiert in seiner Antwort eine Studie der Universität Bern, welche Videoclips generell als besser taxiert als Textbotschaften. Wir haben diesbezüglich beim Vorstand des Luzerner Jugendparlaments und bei der Jung-CVP nachgefragt und eine klare Antwort erhalten, die uns überzeugt hat. Für elektronische Videobotschaften gibt es keine Adressen der 18- bis 20-Jährigen. Man müsste auf die Dynamik des Sharings hoffen, und hierbei steht man in der direkten, harten Konkurrenz um Aufmerksamkeit mit allen anderen Links und Likes, welche die Smartphones unserer Jugend fluten. Gerade in der heutigen Zeit sorgt ein persönlich

adressierter Brief mit der Easyvote-Broschüre, in der auch direkt auf die elektronischen Inhalte verwiesen wird, bei den Jugendlichen für grosse Aufmerksamkeit. Ich sehe das bei unseren Kindern im Alter von 16, 19 und 23 Jahren; sie öffnen persönlich adressierte Kuverts mit Bedacht und Interesse. In diesem Alter überwiegt die gespürte Wertschätzung, wenn man einen persönlichen Brief erhält. Deswegen erachten das Jugendparlament und unsere Jungpolitikerinnen und -politiker die Form einer Broschüre mit Hinweis auf die elektronische Videobotschaft als ein wirkungsvolles Massnahmenkonzept. Die Lotteriegeldverordnung lässt genau solche Ausgaben zu.

Christina Reusser: Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Natürlich finden wir es auch gut, wenn die jüngeren Menschen mittels Videoclips über Wahl- und Abstimmungsinhalte informiert werden. Es braucht aber auch eine gedruckte Broschüre, wie es Easyvote anbietet. Die Broschüre informiert kurz und bündig in neutraler und einfacher Sprache und ist ein bereits bekanntes Mittel, welches die jungen Erwachsenen direkt erreicht. Unser Fazit ist, dass es zurzeit noch beides braucht. Das Vorhaben, den Clip zu drehen, ist zu fördern, aber Easyvote soll ebenfalls flächendeckend verteilt werden. Nur so können wir das Ziel erreichen, mehr junge Menschen für das politische Geschehen zu sensibilisieren. Die Verfolgung dieses Ziels darf nicht aus Kostengründen scheitern. Diese Summe hat der Kanton zur Verfügung, und es muss uns das wert sein.

Urban Sager: Bei den jungen Menschen handelt es sich um eine wichtige Bevölkerungsgruppe und nicht um eine Interessengruppe mit Partikularinteressen wie Stumpenraucher oder Autofahrer. Die Jungen sollen möglichst früh für die Politik begeistert und zur Teilnahme bewegt werden. Ich lade Guido Müller gerne einmal ins Jugendparlament ein. Dem Jugendparlament gehören junge Menschen mit verschiedensten politischen Interessen von links bis rechts an. Es ist eindrücklich zu sehen, wie auch im Jugendparlament die politischen Meinungen auseinandergehen und wie die Debatten geführt werden. Mittels Easyvote werden die jungen Menschen auf eine gute, einfache Art und in einer neutralen Form über unser politisches System informiert. Es muss nicht alles nur in digitaler Form geschehen; so setzt man auch heute noch auf Plakate im Wahlkampf. Zudem hat ein Brief nach wie vor eine ganz andere Bedeutung als ein E-Mail. Der Videoclip zur Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) beispielsweise wurde bis heute nur gerade 655-mal aufgerufen, also kein berauschendes Ergebnis. Es ist wichtig, den Jugendlichen eine Broschüre in gedruckter Form zukommen zu lassen. Ich bitte Sie deshalb, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Maurus Zeier: Es ist eine Studie der Universität Bern, die aufzeigt, dass die jungen Menschen die digitale Form vorziehen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Es geht darum, wie die Zielgruppe der jungen potenziellen Wählerinnen und Wähler am besten erreicht werden kann, damit diese an unserem System partizipieren. Die Regierung ist der Meinung, dies – wie es sich bereits bewährt hat – den Gemeinden zu überlassen. 14 Gemeinden verteilen die Easyvote-Broschüren, die anderen Gemeinden sind eingeladen, das auch zu tun. Sie erhalten dafür auch Gelder aus dem Lotteriefonds. Die Regierung möchte die junge Zielgruppe zusätzlich mit Videoclips erreichen. Im digitalen Zeitalter haben sogar die Regierungsräte von Papier auf digitale Unterlagen umgestellt. Die Studie der Universität Bern besagt, dass solche Videoclips eine andere Akzeptanz geniessen. Nicht zuletzt müssen auch Aufwand und Ertrag übereinstimmen. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen, damit wir die Videoclips einführen und die Gemeinden nach wie vor die Easyvote-Broschüren verteilen können, sofern sie das wollen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 55 zu 50 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 74 zu 30 Stimmen erheblich.